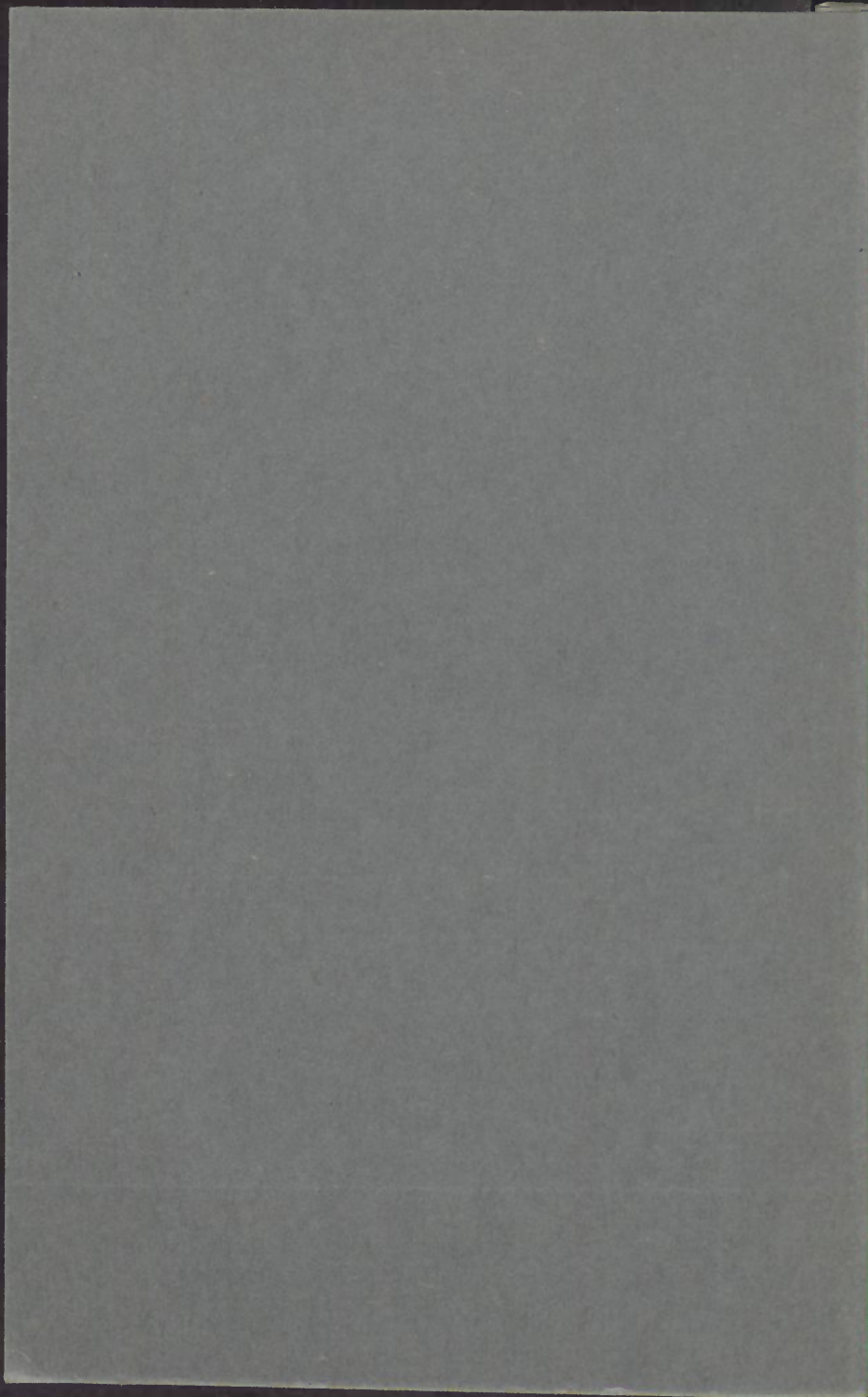


**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

A 9611



Handwritten: Fundamentum

Min. d. Innern

P. 20

Der Bergbau

unter der Stadt Iserlohn.

Darstellung der Sachlage

an den Herrn Minister des Innern seitens der Städtischen
Behörden

vom 21. Mai 1875.



Druck von Rud. Wichelhoven in Iserlohn.



Die nachfolgende Darstellung vom 21. Mai 1875 führt
den Beweis, daß
die Stadt Iserlohn ihren Wohlstand der eigenen Industrie
verdankt,
diese unabhängig ist von dem in und unter Iserlohn betriebenen
Bergbau,
die Stadt von diesem nur Nachteile,
der Bergwerksverein von diesem Betriebe nur Schaden hat,
daher
die Schließung des Bergwerksbetriebes im Interesse des Ver=
eins und der Stadt liegt,
die gemeinschädlichen Erdbewegungen nur vom Bergbau her=
rühren,
der Bergbau daher geschlossen werden muß,
dessen Weiterbetrieb eine Kanalisation des unterwühlten Stadt=
theiles erfordert,
diese Kanalisation nicht ausführbar ist und viel Geld kostet,
die Stadt dieses zahlen soll,
dieselbe darin die Verletzung allen Rechtsgefühls erblickt und
deshalb Untersagung der Durchführung der Kanalisations=
Maßregel beantragt.

Betrifft den Antrag der städtischen Behörden an den Herrn Minister des Innern, Excellenz, auf Aufhebung der von der Königl. Regierung zu Arnberg im Einverständniß mit dem Königl. Oberpräsidium zu Münster angeordneten Kanalisations-Maßregel für den vom Bergbau unterwählten Stadttheil.

Euer Excellenz beehren wir uns gehorsamst vorzutragen, daß zur Beurtheilung der von der Königl. Regierung zu Arnberg zwangsweise angeordneten Kanalisation und Verfüllung der Senkgruben in dem vom Bergbau unterwählten Stadttheile zunächst eine kurze Darstellung des ganzen gegenseitigen Verhältnisses der Stadt zum Bergbau erforderlich erscheint. Iserlohn ist eine alte Industriestadt, welche ihre Blüthe ursprünglich der Eisen- und Panzer-Industrie verdankt, während demnächst die Bronze- und die Nadel-Fabrikation wesentlich mit in den Vordergrund trat. Von dem in hiesiger Gegend in unmittelbarer Nähe von Iserlohn betriebenen Bergbau wurden die Lebens-Interessen Iserlohns selbst wenig oder garnicht berührt. Der Betrieb eines solchen Bergbaues und der Ankauf von Auzen und Antheilen gehörte lediglich mit zu den die Bürgerchaft nicht weiter interessirenden Speculationen einzelner Personen, welche das durch die hiesige Industrie reichlich gewonnene überschüssige Geld in Bergwerksvermögen anlegen wollten.

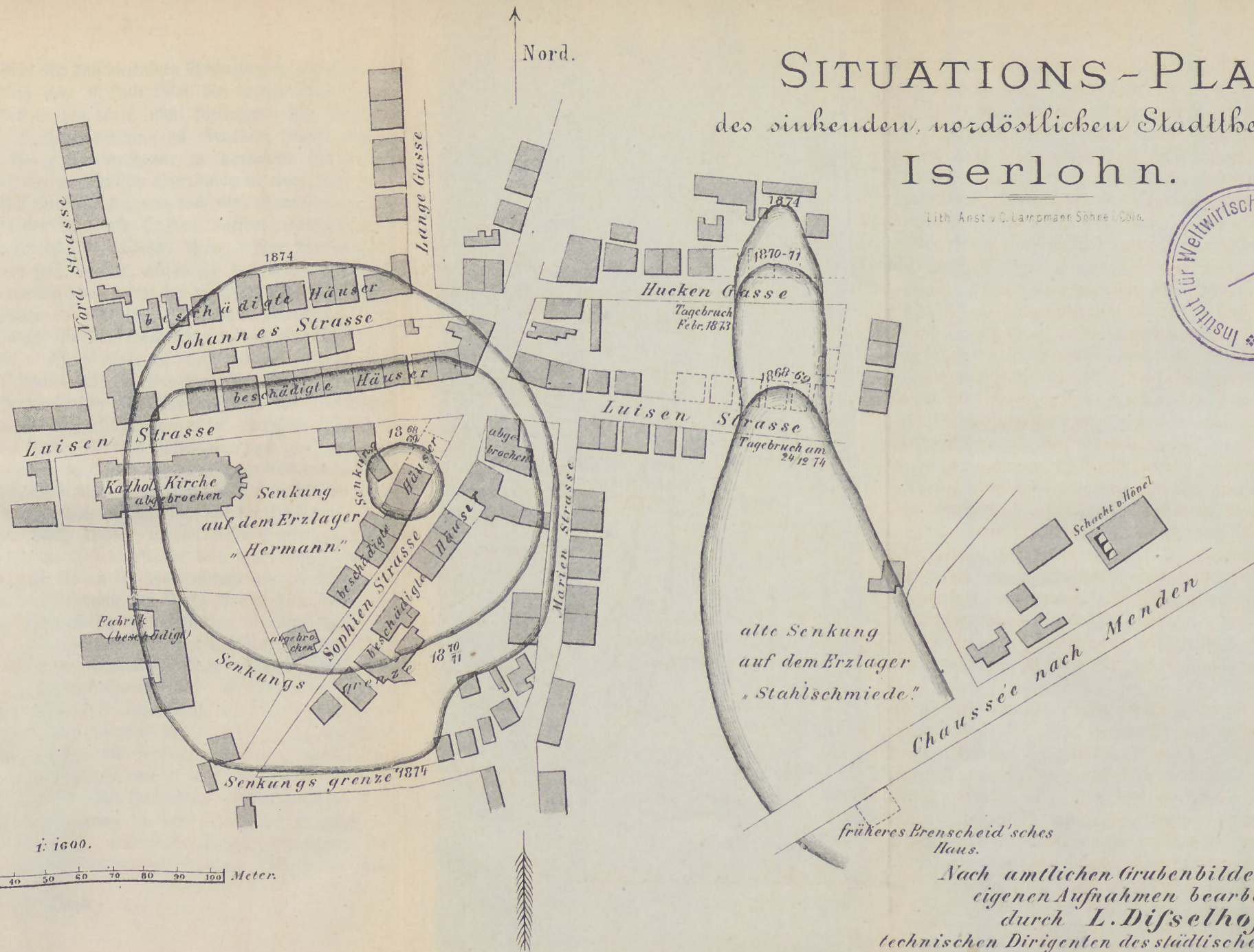
Nachdem Iserlohn Jahrhunderte lang in voller Blüthe durch seine eigene Industrie gestanden, wurde hier vor bald 130 Jahren eine Gesellschaft für Bleierze beliehen, deren Rechtsnachfolgerin der Märkisch-Westfälische Bergwerksverein zu Letmathe ist. So lange der Bergbau in der Feldmark außerhalb der Stadt und im Gebirge betrieben wurde und auch der Hüttenbetrieb im Magistratsbezirk stattfand, wurden die entstehenden Differenzen um so leichter ausgeglichen, weil die leitenden Persönlichkeiten meistens Iserlohner, also keine Actiengesellschaft, waren und es sich um ein industrielles Unternehmen im Magistratsbezirke Iserlohn handelte. Anders gestaltete sich der Fall, wie der Bergbau in die bebaute Stadt hineingetrieben, die Gesellschaft in eine Actiengesellschaft verwandelt, hier ein Tiefbau angelegt und der Sitz und Hüttenbetrieb der Gesellschaft nach Letmathe

verlegt wurde. Da hatte die Stadt nur Nachteile, Straßen und Häuser wurden ruinirt und der Besitzer klagbar über Verweigerung oder zu mangelhafter Entschädigung, während der Bergwerksverein sogar die Bauthätigkeit in der Stadt zu hemmen und zu untersagen den Versuch zu machen sich nicht entblödete. In Folge der hierdurch entstandenen Streitigkeiten wurde von den hohen Staatsbehörden im Jahre 1854 beziehungsweise 1858 eine Demarcationslinie gezogen. Westlich derselben darf der bergmännische Betrieb nach der getroffenen Vereinbarung nur in einer solchen Tiefe geführt werden, daß dadurch die Oberfläche und die darauf stehenden Gebäude nicht beschädigt werden können. Hiermit glaubte die Stadt endlich Schutz und Sicherheit für Person und Eigenthum gegen die schädlichen Einwirkungen des Bergbaues in diesem so wichtigen nordöstlichen Stadttheile gefunden zu haben. Denn hierhin dehnte sich gerade in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren die Baulust aus. Ganze Straßen entstanden und die Stadt hatte daher mit Aufwendung erheblicher Mittel die Straßen ordnungsmäßig in Stand gesetzt und für Abfuhr der Tagewasser durch Anlegung gepflasterter Rinnen und für Abfuhr der sonstigen Wasser durch Anlegung eines unter der Louisestraße herlaufenden Hauptcanals Sorge getragen. Es mochten und mögen auch, wie in den übrigen Stadttheilen und allen bewohnten Orten, im nordöstlichen Stadttheile einige kleine Senkgruben vorhanden sein. Die haben aber noch nie irgend welche Auffälligkeit der Häuser oder gar Erdbewegungen und noch dazu größere Ausdehnung annehmende Bodensenkungen hervorgerufen. Alles war in bester Ordnung. Da wurde vor ungefähr zwölf Jahren die Demarkationslinie überschritten und in die bebauten Stadt hinein Bergbau getrieben und bis jetzt ungehindert ununterbrochen fortgesetzt.

Die Stadt konnte hiergegen nicht protestiren, weil sie anfangs von diesem Betriebe keine Kenntniß hatte. Derselbe wurde aber unternommen, weil in diesem Stadttheile bedeutende Erzlagerstätten sich befanden und befinden. Die Stadt erhielt erst Kenntniß von der Sache, als der Verein mitten in dem bebauten Stadtviertel einen Luftschacht zu schlagen begann, um überhaupt den Bergbau betreiben zu können. Die Stadt erhob Widerspruch und ließ durch ihre Vertreter in dem desfalligen Verhandlungstermine am 24. Februar 1865 erklären, daß sie die festgesetzte Grenzlinie gegen die Baue auf der Stahlschmiede nicht überschritten wissen wolle, da die Stadt-

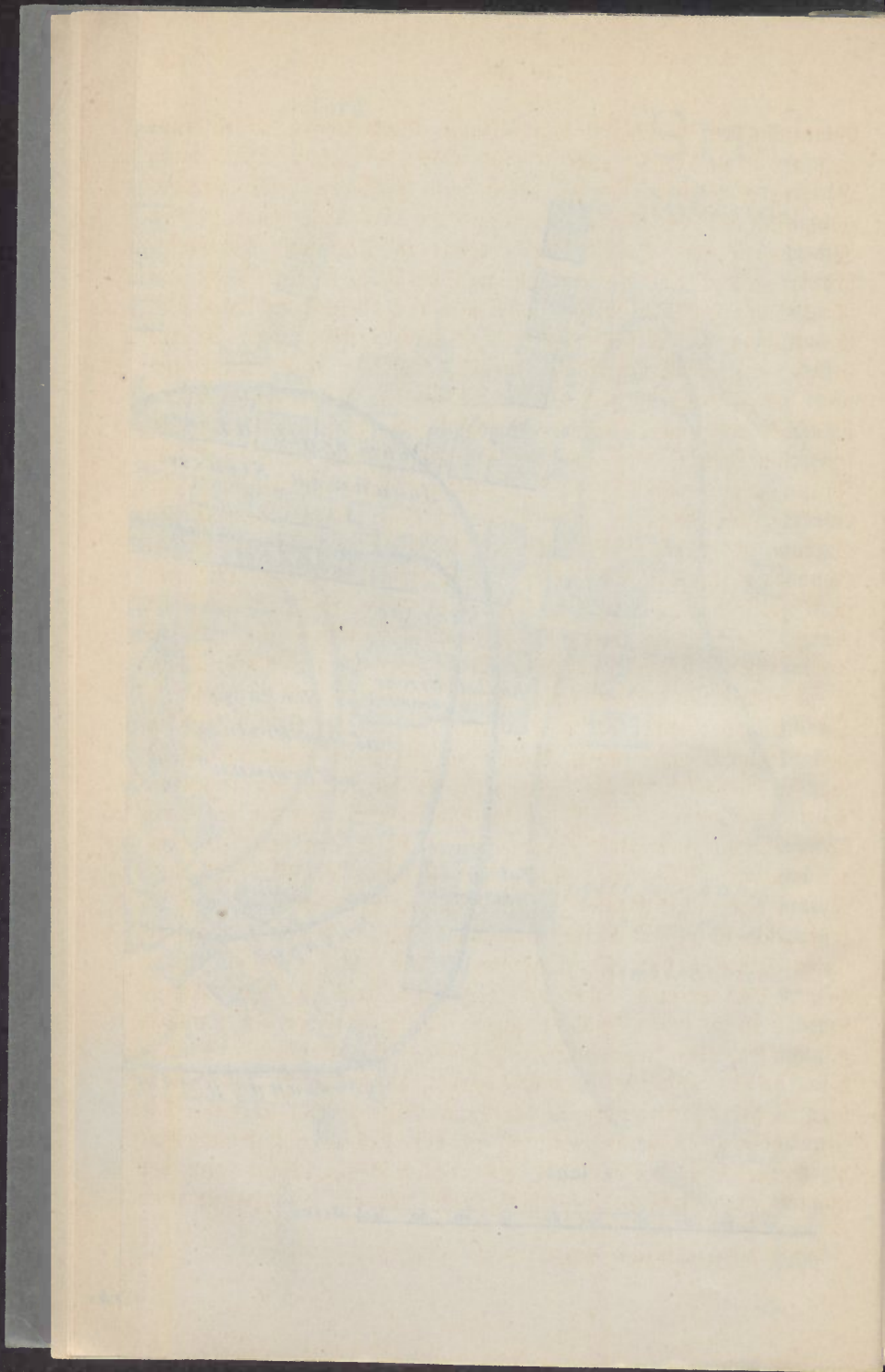
SITUATIONS-PLAN des sinkenden, nordöstlichen Stadttheils von Iserlohn.

Lith. Anst. v. G. Lampmann Söhne in Köln.



Nach amtlichen Grubenbildern und
eigenen Aufnahmen bearbeitet
durch **L. Disselhoff**,
technischen Dirigenten des städtischen Wasserwerks
u. vereideten Feldmefser.

1:1600.
0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100 Meter.



Vertretung der Ansicht sei, daß diejenigen Bedingungen, unter denen nach der Verhandlung vom 9. Juli 1858 die beregte Linie durch Bergbau überschritten werden dürfe, nicht vorliegen. Im Einverständnisse mit der Königl. Regierung zu Arnberg wurde dieser Widerspruch vom Königl. Oberbergamte zu Dortmund für unbegründet erklärt, weil der beabsichtigte Querschlag in einer Tiefe von 35 Fathern getrieben werden solle, und nach allen Grundsätzen und Erfahrungen der Wissenschaft aus solchem Tiefbau niemals eine Gefahr für die Erdoberfläche entstehen könne. Nun wurde und wird hauptsächlich an zwei Stellen mitten in der bebauten Stadt ungestört und ununterbrochen bis jetzt der Bergbau mit einer durchschnittlichen Belegschaft von beinahe 200 Mann betrieben. Die Folgen traten anfangs für den Ueingekehrten unscheinlich, sehr bald aber für Jeden in einem Maße zu Tage, welche deutlich die Wirkung des Bergbetriebes auf die Erdoberfläche erkennen ließen. Genau an denjenigen Stellen der Erdoberfläche, wo unterhalb in der sogenannten 35-Fachtersohle und tiefer Bergbau betrieben wurde, traten immer stärker werdende Erdbebewegungen zu Tage, in Folge dessen sich zwei sogenannte Senkungsgruppen bildeten, welche immer mehr eine trichterförmige Form annahmen und annehmen.*) Der östlichere Senkungsrichter erstreckt sich von der Hückengasse bis zum Schlamnteiche. Nach Westen zu von dieser Senkungsgruppe liegt die zweite, welche die Johannisstraße mit dem entsprechenden Theile der Louisenstraße bis an die Marienstraße mit der Sophienstraße einschließlich der Besitzung von J. H. Becker jun. und der abgebrochenen katholischen Kirche und Pastorat in Mitleidenschaft gezogen hat. Die Häuser neigen sich dem Mittelpunkte des Senkungsrichters zu und werden baufällig. Ganz in derselben Richtung sinken Straßen und Straßenrinnen. Die Wasserabfuhr wurde gestört. Es mußten daher die Tagewasser, weil sie den Häuserbesitzern theils in die Keller drangen, theils sonst in den Straßen sich stauten, oder Regenlachen und sonstige stagnirende Wasser bildeten, welche sanitätspolizeiwidrig waren, durch Anlage von Seitenkanälen oder Falltrichtern in den Hauptkanal geführt werden. Die fortwährende Wasseransammlung in den Kellern rief Krankheiten, die Entwerthung der baufällig gewordenen Besitze, Kündigung der Hypotheken, polizeiliche Schließung und Abbruch der Häuser und

*) Siehe anhängende Skizze.

einstweilige Obdachlosigkeit von deren Bewohnern und um so größeres Elend, Noth und Jammer hervor, weil der Bergwerksverein die Schuld für dieses Unglück leugnete und die entwertheten Besitzungen noch nicht einmal zu dem Tagwerthe der Entwerthung, sondern nur dann unter demselben kaufte, wenn wo möglich der Besitzer sich noch besonders bereit zu erklären verpflichtete, daß den Bergbau keine Schuld für diese Zerstörung treffe. Hierzu kam im Falle des Nichteingehens der Häuserbesitzer auf die Gebote des Vereins nur die Aussicht auf kostspielige Prozesse, deren Ende nicht abzusehen war. Beispielsweise hat der Prozeß mit einem Hausbesitzer über 18 Jahre gedauert. Die Wasserleitungs- und Gasröhren wurden unbrauchbar und die Straßen ruinirt. Aus dem sonst so schönen Stadtheil hat sich daher ein entsetzlich verwüstetes Stadtwiertel gebildet. Die katholische Kirche und massenweise Häuser mußten abgebrochen werden. Wasserzufuhr und Beleuchtung sind unzureichend und Straßen und Gärten versumpft. Anstatt nun wenigstens die Industrie des Vereins in Iserlohn zu belassen, hat derselbe seinen Wohnsitz laut Allerhöchster Kabinettsordre vom 23. November 1863 nach Letmathe verlegt, dort eine Hütte errichtet und den Hüttenbetrieb im Magistratsbezirk Iserlohn eingestellt. Die meisten Arbeiter des Vereins wohnen außerhalb Iserlohns, deren Verdienst kommt daher wesentlich den auswärtigen Gemeinden zu Gute. Die Iserlohner Industrie ist durchaus unabhängig von dem Bergbetriebe unter der Stadt. Der Verein entzieht sich durch Entrichtung einer geringen Steuerquote, beispielsweise im Jahre 1874 von 340 Thlrn. gegenüber der Forderung der Stadt von 3400 Thalern, im Wesentlichen der hiesigen Communalbesteuerung. Zur Begründung der diesbezüglichen bei den hohen Aufsichtsbehörden eingelegten und von diesen auf Grund der Gutachten des Königl. Oberbergamtes zu Dortmund für richtig befundenen Beschwerden führt der Verein an, daß der Schwerpunkt des Verdienstes für den Verein im Hüttenbetriebe in Letmathe und dem von dort ausgeführten Verkaufsgeschäfte liege und die Iserlohner Gruben Zubußzechen seien. Schon im Jahre 1866 theilt der Verein dem Magistrat mit Bezug auf die Besteuerung mit, daß die im Bezirke der Stadt Iserlohn liegenden Gruben zur Zeit soviel Betriebskosten erfordern, daß von einer Ausbeute nicht die Rede sein könne. Im Gegentheil seien diese Kosten höher, als der Werth der geförderten Erze betrage. Am 12. Juli 1866 erklärt der Verein:

„Wie gering das Einkommen des Vereins aus den Gruben ist, geht aus dem Umstande hervor, daß der Verein von Stadtberge und Müßen Zinkerze bezogen hat, deren Preis bedeutend niedriger sich stellt, als die Kosten des eigenen Galmeies betragen. Am 9. December 1867 erklärt der Verein den geförderten Schwefelkies nicht nur für werthlos, sondern daß auch die Vorbereitungskosten für Bleierz hier eine Höhe erreichen, welche jeden Nutzen bei der Verwerthung dieser Erze illusorisch mache. Die Blende, welche aus den Iserlohner Gruben gewonnen werde, habe einen so geringen Metallgehalt und sei mit anderen Erzen derart verunreinigt, daß der Werth desselben noch nicht dem des Galmeies gleichkomme. So behauptet der Verein auch noch in einer Eingabe an die Königl. Regierung zu Arnberg, vom 18. August v. J., daß der Durchschnittswerth der geförderten Erze hier 76,399 Thaler und die Summe der Unkosten 127,812 Thaler beträgt. Hieraus ergibt sich eine Zuluße von 51,513 Thalern. Es liegt daher im Interesse des Vereins und der Stadt, wenn der Bergbau unter derselben geschlossen wird. Im Mai 1868 beantragte der Magistrat Untersuchung der Sachlage und der Vorstand der katholischen Kirche Schließung des Bergbaues. Nach stattgehabtem Localtermine erließ das Königl. Oberbergamt zu Dortmund unterm 29. Juli 1868 einen Bescheid, wonach weder ein einfacher Streckenbetrieb in der 35-Lachtersohle, noch weniger aber in der 39- und 45-Lachtersohle von irgend einem nachtheiligen Einflusse auf die Erdoberfläche und die Gebäulichkeiten sein könne, demnach eine Einstellung des Betriebes nicht zulässig erscheine, und sonstige Polizeimaßregeln zum Schutze der Erdoberfläche in Bezug auf den Betrieb der Galmeigrube Stahlschmiede nicht vorgeschrieben zu werden brauchen, da die bestehenden dazu vollständig genügen. Darauf beantragte der Magistrat am 29. August 1868 Schließung des Bergbaues bei dem Herrn Handelsminister. Derselbe lehnte diesen Antrag unterm 24. October 1868 ab, weil ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den Beschädigungen an der Erdoberfläche und dem in der 35- und 39-Lachtersohle mit geringen Dimensionen ausgeführten Streckenbetriebe nach den Ausführungen des oberbergamtlichen Beschlusses vom 29. Juli 1868 nicht für nachgewiesen zu erachten sei. Der Bergwerksverein schrieb die Erdbewegungen in der Lehmkuhle der angeblich schlechten Kanalisierung und den Senkgruben zu, und ersuchte im Mai 1869 im Interesse des Wohles und zum Schutze der Stadt um systematische

Kanalisirung des fraglichen Stadttheils und wasserdichte Verfüllung der Senkgruben. Hieran hat die Stadt nicht das geringste Interesse, weil die Wasserabfuhr zur Zeit noch geregelt war resp. ist. Dem Ansinnen der Verfüllung der Senkgruben kann als einem Uebergriß in das Privateigenthum um so weniger entsprochen werden, weil die seit Betrieb des Bergbaues sich entwickelnden stagnirenden Wasser, welche sich einen Abfluß in die Tiefe suchen, Folgen des Bergbaues sind. Eine Kanalisirung kostet ungeheuer viel Geld. Dasselbe würde weggeworfen sein, weil das Erdreich in Bewegung, der Stadttheil trichterförmig gesunken, und das Project daher gar nicht ausführbar ist. Bei der Ausführung würde, wie es auch jetzt vorgeschlagen ist, es sich wesentlich um Entwässerung der Sophienstraße mit Umgebung, also eine Gegend handeln, wo alle Gebäude ruinirt und theilweise schon abgebrochen sind. Die noch vorhandenen Gebäude sind jetzt vom Verein gekauft und werden nicht abgebrochen, sondern künstlich mit ganz unverhältnißmäßigem, also weggeworfenem Gelde bewohnbar gehalten, dies ist also nicht nöthig. Die Stadt lehnte daher mit Schreiben vom 11. Mai 1869 die Ausführung des Projectes der Kanalisirung und Verfüllung der Senkgruben unter dem Bemerken ab, daß sie die Erdbewegungen in der Lehmkuhle den unterirdischen Arbeiten des Vereins und der durch die Förderungsmaaschine desselben herbeigeführten Entziehung der Wasser aus der Tiefe zuschreibe. Die königliche Regierung wies den Verein mit dem desfalligen Antrage durch Verfügung vom 15. Juni 1869 ab, weil die Wasserabfuhr regulirt und mit der Senkgrubenverfüllung Eingriffe in das Privateigenthum verbunden sein würden, welche nach Lage der Sache nicht gerechtfertigt seien. Mittelfst Erlasses vom 1. December 1869 entschied der Herr Handelsminister und der Minister des Innern, daß zur regelmäßigen Wasserabfuhr Vorkehrungen getroffen und zum Erlasse einer die Anlage von Senkgruben verbiethenden Polizeiverordnung sich seither eine genügende Veranlassung nicht ergeben habe, denn es sei nicht als nachgewiesen zu erachten, daß das Vorhandensein solcher Senkgruben zu „gemeingefährlichen“ und „gemeinschädlichen“ Einwirkungen führe. Die Verwüstungen in der Lehmkuhle nahmen indeß immer größere Ausdehnung an. Die Stadt bat daher am 3. April 1872 die genannten Herren Minister um Schließung des Bergbaues, während das Oberbergamt zu Dortmund zu gleicher Zeit die Stadt um Aus-

führung obigen Kanalisations-Projectes ersuchte. Die Stadt lehnte dies ab, bat dann die Herren Ressort-Minister am 16. April 1872 nochmals schriftlich und sodann zu Ende desselben Monats durch eine Deputation mündlich mit dem Bemerken um Schließung des Bergbaues, daß in den bisher zur Sache abgehaltenen Terminen von den Herren Kommissarien der Königlichen Regierung und des Königlichen Oberbergamtes die Ersteren immer auf das Urtheil der Letzteren als maßgebende Sachverständige verwiesen haben. Den Bergbehörden liege nach § 196 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 die Verpflichtung ob, den Schutz der Oberfläche im Interesse der persönlichen Sicherheit, des öffentlichen Verkehrs und gegen gemeinschädliche Einwirkungen des Bergbaues auszuüben. Die Beschwerde der Stadt Iserlohn bestehe in dem Vorwurfe für das Oberbergamt, daß es dieser Verpflichtung nicht nachkomme, weil es den Bergbau westlich der Demarcationslinie in einer Tiefe dulde, wodurch Alles an der Oberfläche ruiniert werden müsse.

In den bisherigen Terminen seien daher die Beamten der beschuldigten Bergbehörde Richter in ihrer eigenen Sache der Stadt gegenüber gewesen. Es wurde daher gebeten, den Herrn Oberpräsidenten bei einer abzuhaltenden örtlichen Untersuchung mit Leitung des Termines zu betrauen. Die Stadt werde durch competente Sachverständige den Beweis erbringen, daß bei der Iserlohner Gebirgsbildung ein Galmeibergbau unter der Stadt ohne Gefährdung der Erdoberfläche unmöglich sei. Durch Ministerial-Erlaß vom 23. April 1872 wurde die Leitung der Untersuchung der Beschwerden über den Bergbau dem Herrn Oberpräsidenten übertragen. Während der Vorarbeiten wurde den von der Stadt erwählten Sachverständigen einige Mal das Befahren der Gruben gestattet. Als sich aber herausstellte, daß die Sachverständigen hierdurch kein günstige Ansicht für die Gestattung des weiteren Bergbetriebes sich bildeten, erklärte der Vorsitzende des Verwaltungsraths des Bergwerksvereins dem Bürgermeister der Stadt Iserlohn, daß die fernere Erlaubnißertheilung für die städtischen Sachverständigen definitiv Namens des Verwaltungsraths abgelehnt und Keinem seitens der Stadt auf dem Verwaltungswege präsentirten Gutachter fernerhin diese Erlaubniß ertheilt werde. Nach Beendigung der Vorarbeiten wurden dem Herrn Oberpräsidenten von der Stadt am 19. April 1873 ein Gutachten der Herren Grubendirectoren Seel in Ramsbeck und Sack in Sprockhövel vom 10. November und 20. December

1872, ein Gutachten des Herrn Seel vom 11. Februar 1873, nivellirische Vermessungen der Erdoberfläche von dem vereideten Geometer Herrn Düsselhoff vom 15. Januar 1872, eine protocollarische Verhandlung über Erweiterung der Bodensenkungen vom 20. Februar 1873, ein Gutachten des Bergathes Freiherrn von Dücker vom 10. April 1873 und ein Gutachten von Bauverständigen vom 14. Mai 1872 unter dem Anheinstellen der Abhaltung eines Localtermins mit dem Antrage auf Schließung des Bergbaues eingereicht, weil hiernach erwiesen war, daß die Bodensenkungen lediglich vom Bergbau herrühren. Seitdem bleibt der Herr Oberpräsident von Münster aus durch die Behörden am Beobachten. Am 19. August 1873 beauftragte die Königliche Regierung den Herrn Landrath auf einen von demselben erstatteten Bericht vom 8. August 1873, die städtischen Behörden zu einer Verathung über baldigste Ausführung eines die hervorgetretenen Mißstände beseitigenden künstlichen Kanalsystems unter eingehender Berücksichtigung der in dem in der Prozeßsache der katholischen Kirchengemeinde mit dem Verein von dem ehemaligen Revierbeamten für den hiesigen Bergbau, jetzigen Berghauptmann Serlo zu Breslau abgegebenen Gutachten zu Gunsten des Bergbaues hervorgehobenen bezüglichlichen Punkte aufzufordern. Dem Herrn Landrath wurde am 23. September 1873 berichtet, daß die Angaben des Herrn Serlo über die Wassersammlungen und die mangelnde Kanalisation auf Irrthum beruhen. Die Akten über die Kanalanlage, durch welche seit dem Jahre 1843 sämtliche Tagewasser aus der Lehmkuhle dem Baarbache zugeführt werden, habe der Magistrat sofort nach Bekanntwerden dieses Gutachtens des Herrn Serlo dem Herrn Oberpräsidenten Behufs Widerlegung der bezüglichlichen Angaben in diesem Gutachten eingereicht. Eine neue Kanalanlage sei bei den noch immer fortwährenden Bodensenkungen daselbst zwecklos. Durch die Erdbewegungen sind die Gasröhren in der Lehmkuhle zerstört. Die Beleuchtung deren Straßen durch Petroleum kostet der Stadt ungefähr 500 Thaler jährlich mehr, wie durch Gas. Auch wegen der sonst durch den Bergbau nach Ansicht der Stadtvertretung herbeigeführten Schädigung der städtischen Interessen ist daher seitens der Stadt die Verschreitung des gerichtlichen Klageweges beschlossen worden. Auf Betreiben des Bergwerksvereins ließ die Königliche Regierung durch einen mit den örtlichen Verhältnissen noch nicht bekannten Landbaumeister hier selbst im Mai v. J. eine Localbesichtigung vornehmen,

welcher ohne die vorhandenen Kanäle zu besichtigen oder sich offenlegen zu lassen, ein auf Muthmaßungen zu Gunsten der Behauptung des Bergwerksvereins sich stützendes Gutachten über Verfüllung der Senkgruben und eine umfassende Kanalisirung abgab. Der Herr Landrath theilte im Auftrage der Königlichen Regierung dem Bürgermeister dies Gutachten durch Verfügung vom 10. Juni 1874 unter dem Bemerken mit, daß es von dem Resultate der hiernach noch nöthigen Aufklärungen und nivellettischen Vorarbeiten abhängen, ob dies Gutachten in dieser Gestalt demnächst zur Ausführung zu bringen sei, und beauftragte den Bürgermeister als Vertreter der Ortspolizeibehörde, welche die Kosten dieser polizeilich nothwendigen Untersuchung zu tragen habe, die Untersuchung und Arbeiten durch einen vereideten Feldmesser und einen genügend urtheilsfähigen Bautechniker ausarbeiten zu lassen. Der Bürgermeister theilte dies dem Magistrat unter dem Bemerken mit, daß für diese Ausgaben im Stadtetat nichts vorgesehen sei. Der Magistrat legte am 22. Juni v. J. der Stadtverordneten Versammlung die Verhandlungen mit dem Bemerken vor, daß die Verhältnisse noch gerade so liegen, wie zur Zeit des Ministerial-Erlasses vom 1. December 1869. Es liege daher kein Grund vor, irgend welche weiteren Ausgaben zur Zeit zu machen. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß am 8. Juli v. J. die Herausgabe städtischer Gelder zu den von der Ortspolizei-Behörde verlangten Zwecken zu versagen und den Magistrat zu ersuchen, sich beschwerdeführend an den Herrn Handels-Minister und den Herrn Minister des Innern mit der Bitte zu wenden, daß die Verfügung der Königlichen Regierung zu Arnberg, nach welcher der durch den Bergbau schwer beschädigten Stadt neue Geldopfer zugemuthet werden, aufgehoben werde, da das von der Königlichen Regierung beabsichtigte Verfahren nicht nur von einseitiger Auffassung der thatächlichen Verhältnisse ausgehe, sondern auch mit dem Ministerial-Erlasse vom 1. December 1869 im direkten Widerspruch stehe und endlich der Seitens der Stadt bei dem Herrn Handels-Minister in Antrag gebrachten Entscheidung über die Schließung des Bergbaues unterhalb der Stadt vorgreife, unter Hervorhebung des Umstandes, daß zur Herbeiführung dieser Entscheidung die Stadt schon vor länger als Jahresfrist dem Herrn Oberpräsidenten die Gutachten dreier unpartheiischen Sachverständigen eingereicht habe, nach denen der Bergbau die alleinige Ursache der hiesigen Boden-senkungen bilde.

Dies geschah unterm 17. Juli v. J. Der Herr Oberpräsident theilte dem Magistrat mittelst Erlasses vom 4. September v. J. auf diese an die Herren Ressort-Minister gerichtete Vorstellung vorläufig mit, daß die darin erörterten Verhältnisse zur Sifirung der zum Zwecke der Verbesserung der Wasserabzugsverhältnisse in und unter der Stadt Iserlohn von der königlichen Regierung zu Arnsberg für nothwendig erkannten und bereits anhängigen polizeilichen Untersuchung keinen Anlaß habe bieten können, daß im Uebrigen jedoch der Inhalt der bezeichneten Vorstellung bei Prüfung der Ergebnisse jener Untersuchung und dem weiteren Verfahren in der Sache zur Berücksichtigung gezogen werden solle. Inzwischen erklärte die königliche Regierung durch Verfügung vom 24. Juli v. J., daß der erfolgten Versagung der Mittel für die Vorarbeiten seitens der Stadt keine Veranlassung zur Sifirung des behufs Verbesserung der iserlohner Wasserleitungs-Einrichtungen anhängigen polizeilichen Verfahrens zu entnehmen sei und beauftragte den hiesigen Herrn Landrath, den Bürgermeister als den verantwortlichen Vertreter der zuständigen Ortspolizeibehörde bei Meldung einer Ordnungsstrafe von 10 Thlr. zu unverzüglichem Beginnen der erforderlichen Arbeiten mit dem Bemerken aufzufordern, daß zur Deckung der entstehenden Kosten eventuell das dem § 79 der Städteordnung entsprechende Verfahren veranlaßt, und für diesen Fall seinen entsprechenden Anträgen entgegengesetzt werden solle. Der Bürgermeister begann darauf mit den Arbeiten, und bat den Herrn Landrath um Verschaffung der Mittel für Bezahlung der Arbeiten. Hierauf wies die königliche Regierung durch Verfügung vom 30. August v. J. den Magistrat auf Grund von § 3 des Gesetzes vom 11. März 1850 und § 79 der Städteordnung vom 19. März 1856 an, für die Kosten der Aufstellung eines Kanalisirungsprojectes 250 Thlr. der Polizeibehörde zur Verfügung zu stellen. Auf Grund von § 80 der Städteordnung wurde gegen diese Verfügung bei dem Herrn Oberpräsidenten rechtzeitig Recurs eingelegt. Hiervon wurde die königliche Regierung zu Arnsberg in Kenntniß gesetzt. Dieselbe erklärte hierauf durch Verfügung vom 21. September v. J., daß sie sich nicht veranlaßt finden könne, den Fortgang des angeordneten polizeilichen Verfahrens zu sifiren, und zwar um so weniger, als der Herr Oberpräsident bei einer gegenwärtig in Nichts veränderten Sachlage auf die frühere Vorstellung des Magistrats vom 17. Juli 1874 durch den dem Magistrat zugegangenen Erlaß vom 4. Sep-

tember 1874 bereits für den ungehinderten Fortgang des Verfahrens entschieden habe. Zur Begründung des Recurses selbst wurde hierauf von der Stadtverordneten = Versammlung dem Herrn Oberpräsidenten erklärt, daß trotzdem der Königlichen Regierung Anzeige von dem gegen die Verfügung vom 30. August eingelegten Recurs gemacht sei, so habe dennoch die Königliche Regierung die auf Grund von § 79 der Städteordnung getroffenen Anordnungen nicht sistirt, vielmehr die unausgesetzte Ausführung der Arbeiten anbefohlen. Die in § 80 der Städteordnung den Stadtverordneten beilegte Befugniß, gegen die Verfügungen der Aufsichtsbehörde Recurs einzulegen, verliert jeden realen Werth, wenn die letztere Behörde berechtigt sei, ihre Verfügung trotz der Berufung auszuführen. Die Entscheidung der oberen Instanz würde in den meisten Fällen nur einen autoerativen Werth für künftige Fälle behalten, da der Fall, auf den sie sich beziehen, durch die inzwischen erfolgte Ausführung seine Erledigung gefunden haben würde. Die Entscheidungen der Instanzen sollen aber nach dem Geiste des Gesetzes und den Maximen unserer Staatsverwaltung realen Werth haben, was deutlich ja daraus hervorgehe, daß es den Stadtgemeinden unbenommen sei, autoerative Entscheidungen der höchsten Verwaltungsbehörde über die Verfügungen der zuständigen letzten Instanz sich zu erbitten. Die Königliche Regierung habe hiernach, um ihre Verfügung durchzusetzen, den Bestimmungen der Städteordnung Zwang angethan. Während die städtischen Behörden bereits vor länger als 2 Jahren die Schließung des Bergbaues bei dem hohen Ministerium in Antrag gebracht haben, und während die dieserhalb im Verwaltungswege angeordnete Untersuchung noch in der Schwebe sei; während in einem Rescript der hohen Ministerien für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und des Innern vom 1. December 1869 die Vorstellung des Märkisch-Westfälischen Bergwerks-Bereins über ungenügende Wasserabführung im östlichen Stadttheil Iserlohns abgewiesen sei, ergreife die Königliche Regierung zu Arnberg durch ihre jetzige Verfügung offen die Parthei des Bergbaues und präjudicire der in jenem Streite noch nicht getroffenen Entscheidung. Während die Stadt dem Herrn Oberpräsidenten drei Gutachten vorwurfsfreier Sachverständiger eingereicht habe, wonach der Bergbau die unmittelbare Ursache der Bodensenkungen sei, erkläre der Commissar der Königlichen Regierung in seinem Berichte vom 21. Mai 1874:

„Ein Theil der (Wasser) Niederschläge, welche auf das gesunkene Terrain fallen oder sich dort ansammeln, geht vermuthlich durch Senkgruben, welche die über dem zerklüfteten Kalkfelsen lagernden undurchlässigen Lehmschichten durchbrochen haben, in das Kalkgebirge und befördert dadurch nach dem Gutachten **aller** Sachverständigen die vorhandene Calamität“,

und an anderer Stelle:

„Wenn nun auch einerseits aller Voraussicht nach die Einwirkung dieser Anlagen (der von ihm vorgeschlagenen neuen Entwässerungsanlagen) eine solche sein wird, daß die ferneren Senkungen vermindert werden, so kann das Aufhören dieser Erdbewegungen doch erst dann mit einiger Versicherung vorausgesetzt werden, wenn die vorhandenen Senkgruben sämmtlich mit großer Sorgfalt zugeschüttet sind.“

Der Herr Regierungs-Commissar bemerke selbst an verschiedenen Stellen seines Berichtes, daß demselben eine eingehendere Untersuchung der Entwässerungsanlagen, zu welcher er auch keinen Auftrag gehabt habe, nicht zu Grunde liege; er rathe an, die „Senkgruben“ zu verstopfen, obgleich er die amtliche Versicherung der städtischen Beamten kannte, daß keine wirksame Senkgruben existiren, und ohne, allen technischen Regeln zuwider, selbst je eine „Senkgrube“ gesehen zu haben, und anders, als von hören sagen zu kennen. Er äußere an verschiedenen Stellen Zweifel an der Richtigkeit der ihm von den städtischen Beamten gemachten Mittheilungen, welche doch auf lange Zeit hindurch fortgesetzten Beobachtungen und Ermittlungen beruhen, und berufe sich auf die Ansicht des Kreisbaubeamten, des Herrn Kreisbaumeisters Mottau hier, um seinem Berichte wenigstens einige substantielle Grundlagen zu geben. Somit sei das Resultat des Berichtes des Herrn Regierungs-Commissars schließlich auf die Ansicht des Herrn Mottau zurückzuführen.

Bei der Wichtigkeit aber, welche die in Folge des genannten Berichtes erlassene Regierungsverfügung sowohl in dem schwebenden Streite über die Ursache der Erdbewegungen, als für die finanziellen Opfer, welche die Stadt eventuell zu bringen hätte, haben könne, könne die Stadt nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie wenig Zuverlässigkeit und Fachkenntniß den Ansichten des Herrn Mottau in dieser Frage beizumessen sei.

In seinem Gutachten vom 16. Februar 1872, welches schriftlich beigelegt sei, schreibe Herr Motta alle an den Gebäuden in der Sophienstraße zu bemerkenden Beschädigungen dem „Verfaulen der Schwellen und Balkenköpfe“ zu; eine Untersuchung des Fundaments=Mauerwerks zeige an keiner Stelle irgend eine Bewegung, welche ein Einstürzen des Gebäudes durch Sinken des Untergrundes befürchten lasse.“

Aber schon in einem weiteren Berichte, vom 29. März 1872, gebe Herr Motta zu, daß sich, „namentlich an dem Hause Nr. 893 in der Sophienstraße, eine Bewegung im Boden gezeigt habe, welche nicht ohne Einfluß auf sämtliche Gebäude selbst geblieben sei.“

Derjelbe fährt dann fort:

„Trotzdem, daß in dem Terrain, auf welchem die Gebäude stehen, eine Bewegung im Untergrunde nicht wegzuleugnen ist, muß ich dennoch bei der in meinem Gutachten ausgesprochenen Ansicht verbleiben, daß die so stark zu Tage tretende Bauunsicherheit der Gebäude augenblicklich hauptsächlich in der schlechten und leichtfertigen Bauausführung ihren Grund hat.“ —

Diese theils widersprechenden, theils nicht begründeten Aussagen haben die städtischen Behörden veranlaßt, eine genaue Untersuchung der Gebäude durch sechs Techniker, an deren Spitze der Königl. Bauinspector Schmidt in Altena stand, anstellen zu lassen.

Dieselben äußerten sich übereinstimmend im Gutachten vom 14. Mai 1872, „daß die an den Gebäuden zu Tage getretenen Erscheinungen den Unterzeichneten (Gutachtern) die übereinstimmende, volle Ueberzeugung gewähre, daß sie lediglich aus einem Nachgeben des Untergrundes resultiren.“

Ferner erachteten die Gutachter es für ihre Pflicht, zu constatiren, in wie weit etwa andere Umstände vorhanden seien, welche den bedenklichen Zustand der in Rede stehenden Häuser verursacht haben könnten, und gaben dabei übereinstimmend ihr Urtheil dahin ab, „daß die Häuser in landesüblicher Weise, im Wesentlichen gut und unter Anwendung gesunden Materials construirt seien. Ja, es dürfe sogar ausgesprochen werden, „daß einzelne der am meisten gefährdeten Gebäude voraussichtlich schon eingestürzt sein würden, wenn bei ihrer Aufrichtung die Regeln der

Zimmermannskunst mit geringerer Sorgfalt zur Anwendung gekommen wären, als sie in der That sind."

Auch in dem gutachtlichen Berichte vom 18. Mai 1872 des Herrn Bauraths Buchholz sage derselbe nach eingehender Untersuchung der einzelnen Gebäude, in denen durchaus keine „angefaulten Schwellen und Balkenköpfe" gefunden wurden: „Die Untersuchung der Gebäulichkeiten hat es evident erwiesen, daß die Senkung der Gebäude sich nach der Bodensenkung gestaltet hat. Bei keinem Gebäude ist die Constructionsweise oder Materialbeschaffenheit als Grund des Ueberweichens zu betrachten."

Bei solchen bedeutenden Widersprüchen gegen die Ansichten des Herrn Kreisbaumeisters Mottau könne die Stadt auch seine Ansicht über die Wasserabführung in dem sinkenden Stadttheile nicht für maßgebend ansehen. Er habe selbst die Kanäle nicht untersucht und nivelliren lassen, wie es die städtischen Behörden gethan haben, und könne deshalb kein anderes als oberflächliches Bild von der Sachlage gewonnen haben.

Nachdem diese eingehend dargestellt und dargethan war, daß die Kanalisation und die Entwässerungsanlagen im Bereiche des Senkungsbezirkes in Folge der seitens der städtischen Behörden unablässig vorgenommenen Reparaturen und Neuanlagen vollkommen genügen, um sowohl die dem Senkungsbezirke zugeführten, als auch die vorhandenen Wasser in's Baarthal abzuleiten, wurde der Herr Oberpräsident von der Stadtverordneten-Versammlung gebeten, den städtischen Behörden das Zutrauen zu schenken, daß sie, wie stets bisher, so auch ferner die Kanalisations-Verhältnisse der Lehmkuhle immer im Auge halten und für die erforderlichen Anlagen sorgen werden. Es wurde ferner gebeten, die ohnehin schon so schwer belastete Stadt vor einer so kostspieligen und unnötigen Anlage, wie es eine nach den Vorschlägen des Herrn Regierungs-Commissars auszuführende Kanalisation sein würde, zu verschonen. Diesem Antrage schloß sich der Magistrat mit dem Bemerken an, daß bei der geordneten Wasserabfuhr in der Lehmkuhle für ein Einschreiten von Aufssichtswegen kein gesetzlicher Anhaltspunkt vorhanden sei; die Polizei-Verwaltung könne nur in gegebenen Fällen Beseitigung von Wasser verlangen und dann auch erzwingen, wenn die Gemeinde-Verwaltung diesem Verlangen nachzukommen sich weigere. Die Frage, wie eine Verbesserung städtischer Kanalisations-Einrichtungen vorzunehmen,

sei bei dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden von diesen selbstständig zu ordnen, ohne daß den hohen Aufsichtsbehörden eine Zwangbefugniß zustehe.

Das zur Sache der Stadt Iserlohn gegenüber beobachtete Verfahren sei um so befremdender, weil keine Beschwerde seitens der Bürger Iserlohns über schlechte Kanalisirung vorliege. Hierauf verfügte der Herr Oberpräsident mittelst Erlasses vom 12. December 1874, daß die Entscheidung der Königl. Regierung zu Arnsberg in dieser Angelegenheit für gerechtfertigt zu erachten. Die danach getroffenen Anordnungen erscheinen polizeilich nothwendig und ihre baldige ungehinderte Durchführung unerlässlich, um dem für die Stadt gefährdrohenden Zustande durch Regulirung des Wasser-Abfluß-Systems wirksam zu begegnen. Die Gründe, welche dazu geführt haben, zum Zwecke der Abführung der Wasser von dem gesunkenen Terrain nach solchen Orten, wo ihr Vorhandensein unschädlich, Untersuchungen anstellen zu lassen, und zwar:

- 1) bezüglich des in Betracht kommenden Theiles der vorhandenen Abwässerungs-Anstalten Iserlohns,
- 2) bezüglich des etwaigen Vorhandenseins noch wirksamer Senkgruben, sowie
- 3) der Ausnahme eines Nivellements von dem gefährdeten Terrain beruhen darauf, daß
 - a) das vorhandene Kanalsystem der Louise- u. c. Straße bei entsprechender Aenderung resp. Verbesserung in Verbindung mit ev. noch anzulegenden kleinen Seitenkanälen für ausreichend gehalten werden könne, die Abführung der Wasser zu vermitteln, daß indessen über die Beschaffenheit der Lage und den Umfang derselben nichts Genügendes feststehe, um die erwähnten Aenderungen und Verbesserungen vor Constatirung der tatsächlichen Verhältnisse angeben zu können,
 - b) die Senkgruben einen mittel- oder unmittelbaren Einfluß auf die Senkungs-Erscheinungen ausüben, und daher ein besonderes Augenmerk auf das Aufheben ihrer Wirksamkeit zu richten sei,
und endlich
 - c) nichts Zuverlässiges feststehe über die Lage der Sohle der Kanäle in Beziehung zu dem gesunkenen Terrain, und Höhenangaben über das letztere, sowie seine Um-

gebung fehlen, daß aber diese Daten zur Aufstellung eines bezüglichen Entwässerungs-Projekts unerlässlich seien. Die in der Darstellung vom 4. November v. J. enthaltenen Angaben können eine Abstandnahme von den in dieser Hinsicht angeordneten Untersuchungen zc. zc. nicht rechtfertigen. Es müsse demnach bei den von der Königl. Regierung zu Arnberg getroffenen Anordnungen resp. der erfolgten Festsetzung wegen Disponibelstellung der erforderlichen Geldmittel zur Aufstellung des städtischen Kanalisierungs-Projekts das Bewenden behalten.

Da trat ein eigenthümlicher Zwischenfall ein. Am 24. December v. J. fand bei der östlichen Senkungsgruppe auf dem Terrain nordwestlich des Tiefbauschachtes von Hövel ein bedeutender Tagebruch statt. Das gesunkene Terrain bildete im Grundriß eine längliche Figur von ungefähr hundert Meter Länge und dreißig Meter Breite. Dieselbe wurde von meistens scharf abgeschnittenen Erdrissen begrenzt, deren beide Ränder auf der Louisenstraße um $1\frac{1}{2}$ bis 2 Fuß tief auseinander gezogen waren, stellenweise eine Tiefe von 5 Fuß erwiesen und klaffende Spalten bildeten. Innerhalb dieses die Senkung begrenzenden Hauptrisses war das Terrain von zahlreichen kleinern Spalten durchzogen, welche sich in Folge der abwärts gehenden Bewegung und durch das hierdurch verursachte Zusammendrücken des Bodens gebildet hatten. Die Intensität der Senkung war so groß, daß selbst die an der südlichen Seite der Louisenstraße aus losen Massen aufgeschüttete und mindestens 15 Fuß hohe Halde, die zugleich den Damm des Schlammteiches bildet, etwa um $1\frac{1}{2}$ Fuß auseinander gezogen und die darauf befindliche Schienenbahn zerrissen war und um die genannte Höhe auseinanderstand.

Das beschriebene Senkungsterrain wurde der Breite nach von zwei Straßen, der Louisenstraße und Hückengasse, durchschnitten und an der östlichen Seite von der obern Louisenstraße begrenzt. Gebäude sind von der Senkung glücklicherweise nicht betroffen worden, weil die auf demselben gestandenen Gebäude vor einigen Jahren in Folge der Erdbewegungen abgerissen werden mußten. Den beschwerdeführenden Hausbesitzern, beispielsweise Herrn Gößler, wurde seiner Zeit im Jahre 1868 von der Bergbehörde mitgetheilt, daß der Bergbau an der Zerstörung der Häuser keine Schuld sei. Die Erdrisse schnitten hart bei den auf der Louisenstraße und

Huckengasse stehenden Häusern vorbei. Der größte Theil der Senkung befand sich westlich der im Juli 1858 vereinbarten Demarcationslinie, also in einem Terrain, unter welchem der Bergbau nur in einer solchen Tiefe umgehen soll, daß eine Gefahr für die Oberfläche nicht entsteht.

Motorisch befinden sich aber unter dem gesunkenen Terrain die ausgedehnten Grubenbaue auf dem Erzlager Stahlschmiede des Tiefbauschachtes von Hoevel. Daß die Entstehung der Erdsenkung mit diesen in directer Verbindung stand, ging daraus hervor, daß genau zu derselben Zeit, gegen $\frac{1}{2}$ 12 Uhr Vormittags, in welcher die Erdsenkung entstand, ein bedeutender Bruch in den Grubenbauen stattgefunden hatte, wie durch mehrere aus dem Wetterschacht an der Nordstraße geflüchtete Vergleute festgestellt wurde. Als diejenige Tiefe, in welcher der Bergbau der Oberfläche keinen Schaden mehr zufügen kann, ist seitens des Königlichcn Oberbergamts zu Dortmund die 35-Fachtersohle angegeben. Diese Ansicht hat sich durch diesen Tagebruch also als irrig erwiesen. Deshalb wurden am 25. December v. J. die Herren Ressortminister um nunmehrige Schließung des Bergbaues und der Herr Oberpräsident um schleunige desfallige Anberaumung eines Localtermins vom Magistrat gebeten. Der Bürgermeister bat telegraphisch die Bergbehörde um Localbesichtigung. In Folge dessen erschienen am 26. December v. J. die Herren Berghauptmann Prinz Schönaich-Carolath, Oberberggrath Haardts und Bergmeister Offenbergr, welche mit den Beamten des Bergwerksvereins, den Herren Brockhaus, Dr. Pauli und Wellenbeck und dem Bürgermeister Hülsmann zunächst die Erdoberfläche wegen des Tagebruches besichtigten. Zunächst erklärte Herr Dr. Pauli, daß bereits vor drei Wochen in der 45-Fachtersohle eine solche Erdbewegung bemerkt sei, welche veranlaßt habe, den Betrieb in dieser Sohle einzustellen und den Schacht mit Holz u. s. w. zuzusetzen, um einem Einsturz vorzubeugen. Am 24. December seien diese Zustellungs-Arbeiten unterbrochen, weil in der 45-Fachtersohle die Strecke auf ungefähr acht Fachter Länge mit solcher Gewalt zusammengebrochen sei, daß Alles erdrückt und an der Erdoberfläche der Tagebruch erfolgt sei. Sodann erklärten die genannten Herren Oberbergbeamten mündlich dem Bürgermeister, daß der durch die Erdbewegung hervorgetretene Tagebruch eine Folge des Bergbaues sei. Wäre derselbe nicht betrieben, so würde keine Erdbewegung eingetreten und die vor einigen Jahren von der Erd-

oberfläche entfernten Häuser nicht zerstört sein. Diese habe der Bergwerksverein kaufen müssen, weil er die Ursache von deren Zerstörung gewesen sei. Die Beamten des Vereins bestätigten im Einvernehmen mit den Oberbergbeamten unter dem Bemerken diese Behauptung, daß der Verein diese Häuser nicht gekauft haben würde, wenn er nicht Schuld an der Erdbewegung gewesen sei. Der Erklärung des Bürgermeisters, daß vor einigen Jahren, wie die Häuser abgebrochen werden mußten, das Gegentheil vom Verein und den Behörden behauptet sei, wurde das Nichtwissen gegenüber gestellt und einerseits von Herrn Brockhaus noch bemerkt, daß wenn früher das Gegentheil behauptet, dies jedenfalls deshalb geschehen, weil man sich über die Ursache der Bewegung noch nicht klar gewesen sei. Andererseits erklärte Herr Dr. Pauli, daß die Gegend überhaupt nicht hätte bebaut werden dürfen, weil der Verein früher hier eine Beleihungs-Urkunde erhalten habe, wie Häuser gebaut seien. Da hierauf eine Grubenbefahrung vorgenommen wurde, so entfernte sich der Bürgermeister. Eine schriftliche Verhandlung wurde über die Befichtigung daher gemeinschaftlich nicht aufgenommen. Eine obige Ausführung enthaltende vom Bürgermeister schriftlich aufgenommene Verhandlung wurde am 28. December v. J. dem Königlichen Oberbergamte zu Dortmund vom Magistrat mit dem Ersuchen um Erklärung über Richtigkeit des Inhalts zugesandt. Das Königliche Oberbergamt erklärte mit Schreiben vom 6. Januar d. J., daß es sich nicht veranlaßt fühle, diesem Ansinnen nachzukommen. Hätte der Bürgermeister gelegentlich der Anwesenheit der Kommissarien des Oberbergamtes den Antrag auf Aufnahme einer Verhandlung gestellt, so würde seinem Ansinnen unzweifelhaft Folge gegeben sein. Setzt aber, nachträglich ohne Zuziehung des Bergwerks-Betreibers eine einseitig aufgenommene Darstellung der gelegentlich der Local-Befichtigung gepflogenen Raisonnements als richtig zu erklären, dazu halte es sich um so weniger veranlaßt, als die letzteren durchaus nicht in erschöpfender Weise in dieser Darstellung zum Ausdruck gelangt seien. Dabei wurde bemerkt, daß über das Ergebnis der am 26. December stattgefundenen Local-Untersuchung dem Herrn Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Bericht erstattet sei. Der Herr Oberpräsident, welcher mit Erlaß vom 27. December v. J. den Berghauptmann Prinzen Schönaich-Carolath mit Abhaltung der vom Magistrat beantragten Local-Befichtigung beauftragt

hatte, theilte unterm 6. Januar d. J. dem Magistrat mit, daß mit Rücksicht auf das Ergebniß der bereits am 26. December v. J. unter Leitung des genannten Herrn Berghauptmannes stattgehabten Local-Besichtigung, bei welcher constatirt worden sei, daß eine gemeine Gefahr von den erneuten Erdbewegungen nicht zu besorgen stehe, und die eingetretenen Senkungen durch Wiederanfüllung zu beseitigen und daher jezt von Abhaltung eines neuen Lokaltermins unter Zuziehung von Vertretern der betheiligten Behörden abzusehen sei. Der Herr Handels-Minister erließ am 11. Januar d. J. einen Bescheid an den Magistrat, wonach die beobachtete Senkung auf dem unter dem Namen „östliche Senkungsgruppe“ bekannten Terrainabschnitte liege, welcher dem Märkisch-Westfälischen Bergwerks-Verein eigenthümlich gehöre, nach der gutachtlichen Aeußerung des Oberbergamtes die neuerdings dort hervorgetretene Bodenbewegung aller Wahrscheinlichkeit nach den Nachwirkungen des früher in oberen Sohlen zur Ausführung gekommenen Bergbaues, nicht dem gegenwärtig umgehenden Grubenbetriebe zuzuschreiben und es nicht zu befürchten sei, daß Letzterer eine Einwirkung des gedachten Senkungsgebietes zur Folge haben möchte, die eine Gefährdung von Wohngebäuden befürchten lasse. Die dem Verlehr hinderlichen Risse in der Louisenstraße und Hückengasse lassen sich mit Leichtigkeit beseitigen. Demnach könne dem Antrage auf Einstellung des in Frage stehenden Grubenbetriebes keine Folge gegeben werden. Dieser Erlaß enthält also insofern zwei thatsächliche Unrichtigkeiten, als einmal das gesunkene Terrain der Louisenstraße kein Eigenthum des Bergwerks-Vereins, sondern der Stadt Iserlohn ist und zweitens die zu Bruch gegangene 45-Lachtersohle erst nach Festsetzung der Demarcationslinie vom Jahre 1858 und zwar westlich derselben in Angriff genommen ist. Am 22. Januar d. J. ersuchte der Magistrat das Oberbergamt um Mittheilung des in dem Ministerial-Erlaß vom 11. Januar erwähnten Gutachtens, soweit es die Stadt sachlich berühre. Das Oberbergamt verwies den Magistrat mit diesem Antrage am 29. Januar d. J. an den Herrn Oberpräsidenten, welchem derselbe über die neuesten Erdbewegungen am 30. December v. J. Bericht erstattet habe. Unter abschriftlicher Beifügung dieser Antwort bat der Magistrat den Herrn Oberpräsidenten um abschriftliche Mittheilung dieses Berichts. Der Herr Oberpräsident eröffnete mittelst Erlasses vom 30. März d. J. dem Magistrat, daß er dem Antrage auf Mittheilung des Berichts des Königlich Oberberg-

Antes nicht entsprechen könne, weil amtliche, den internen Verkehr zwischen königlichen Behörden betreffende Schriftstücke sich zur Mittheilung an die Interessenten nicht eignen.

Unterdessen ist von dem betreffenden Herrn Bauberständigen Zeichnung und Kostenanschlag für eine dem Gutachten des Herrn Regierungs-Baubeamten vom 21. Mai v. J. entsprechende Kanalisierung zunächst nur für das Senkungsterrain bei der katholischen Kirche der Polizei-Behörde mit Schreiben vom 24. Februar d. J. übersandt und von dieser dem Herrn Landrath behufs Weiterbeförderung an die königliche Regierung eingereicht. Es ist dies Project im Verhältniß zu der ganzen nach dem Gutachten vom 21. Mai v. J. in Aussicht genommenen Kanalisierung des von der Erdbewegung in Mitleidenschaft gezogenen Stadttheiles nur der Vorschlag des Beginnes der ganzen Arbeit durch Anlage eines Seitenkanals in demjenigen Terrain, wo sich jetzt in Folge der zunehmenden Senkungen augenblicklich vorübergehend einige Tagewasser sammeln, deren Beseitigung durch Zuführungsvorrichtungen zu den städtischen Kanälen mit wenigen hundert Mark zu bewerkstelligen und dieserhalb von der Ortsbehörde bereits die nöthige Einleitung getroffen ist, während die Ausführung der unterm 24. Februar d. J. veranschlagten vorläufigen Kanalisierungsarbeiten 16,600 Mark kostet. Die königliche Regierung zu Arnberg hat mit Verfügung vom 7. April diese Vorlage behufs Ergänzung und Vervollständigung mit Bezug auf die Verfügung vom 29. Mai v. J. deren vollem Umfange nach unter der Bedingung zurückgesandt, daß, wenn eine genügende Vorlage nicht bis spätestens zum 1. Juni d. J. gemacht werden sollte, königliche Regierung die zur weiteren Förderung der Angelegenheit nöthigen Aenderungen auf Kosten der Stadt direct treffen werde.

In der ganzen Angelegenheit nimmt die Stadt eine um so schwierigere Stellung ein, weil fast alle Behörden sich auf die Seite des Bergbaues zu Ungunsten der Stadt stellen, während deren Rechtsbewußtsein ein unerschütterliches ist und bleibt. Die Behörden müssen nicht nur die gesetzlichen Vorschriften handhaben, sondern sind auch verpflichtet, diese so auszulegen, wie sie an sich mit dem Hauptwerke des Staates am nächsten übereinstimmen und insbesondere am wenigsten zum Nachtheile eines Dritten reichen.

Die Bergbehörden haben nach § 196 des Allgemeinen Berggesetzes die Verpflichtung für den Schutz der Oberfläche im Interesse

der persönlichen Sicherheit, des öffentlichen Verkehrs und gegen gemeinschädliche Einwirkungen des Bergbaues Sorge zu tragen. Die Königlich Berg-Behörden durften daher das Ueberschreiten der Demarcationslinie in der gehörigen Tiefe nur dann dulden, wenn die absolute Sicherheit für die Erdoberfläche und deren Bewohner und somit die Uebereinstimmung mit dem Hauptzweck des Staates der Unverletzlichkeit des Eigenthums und der persönlichen Sicherheit und Behütung vor Gemeingefahr und somit gar keine Möglichkeit der Benachtheiligung Dritter zu Gunsten des Bergbaues vorhanden war. Diesen Grundbedingungen einer ordnungsmäßigen Rechtspflege wird vorliegend und ist nach Ansicht der Stadt nicht entsprochen. Denn die absolute Sicherheit der eben erwähnten Art wurde von den Behörden durch den Satz angenommen, daß in der 35-Fachtersohle und tiefer nach allen Grundsätzen und Erfahrungen der Wissenschaft durch den Bergbau niemals eine Gefahr für die Erdoberfläche entstehen könne. Solche Grundsätze und Erfahrungen lassen sich aber nur an der Hand von Thatsachen gewinnen, sonst charakterisirt sich die Behauptung der Sicherheit der Erdoberfläche als eine um so unverzeihlichere hohlklingende Phrase, als dadurch mit amtlichem Schutze eine Actien-Gesellschaft für berechtigt erklärt wird, ungestraft die durch die Verfassung gewährleisteten Grundrechte des Volkes, die Sicherheit der Person und die Unverletzlichkeit des Eigenthums zu verletzen. Anstatt der Thatsachen, welche das Fundament der Erfahrungen und Wissenschaft bilden sollen, war nach Ansicht der Stadt das Gegentheil richtig. Dies beweist ganz deutlich der erwähnte Tagebruch. Die Bergbehörden wichen somit durch Aufstellung der Behauptung von Sicherheit der Oberfläche bei einem Bergbetriebe in der 35-Fachtersohle und tiefer vom richtigen Wege ab. Die Stadt hat seit dem Bergbetriebe außerhalb und unter der Stadt die auf Thatsachen gestützte Erfahrung gemacht, daß überall, wo hier im Kalksteingebirge der Bergbau umgeht, gerade über denselben Stellen an der Erdoberfläche Gefahren für dieselben in der nach § 196 des Allgemeinen Berggesetzes polizeilich unzulässigen Weise eintreten. Hierzu kommt noch die besondere Erfahrung, daß Senkungen nur da eintreten, wo der Bergbau betrieben wird, wie nicht nur die Umgebung des städtischen Kirchhofes sondernt auch in der Nachbar-Gemeinde Calle, Amtes Hemer, der von der Zeche des Bergwerks-Vereins zu Letmathe „Krug von Ribba“ betriebene Salzeibergbau beweist. Bereits am 1. Mai 1868

erklärte daher der Magistrat der Königlichen Regierung, daß die Bewohner des vom Bergbau unterwühlten Stadttheiles befürchten, mit ihrem Eigenthum unter drohender Lebensgefahr der Wissenschaft zum Opfer fallen und dieser den practischen Beweis von Unhaltbarkeit der Theorie einer unbedingten Sicherheit für die Erdoberfläche bei einem Bergbau von 35 Lachtern unter der Erde liefern zu müssen. Diese Befürchtungen sind in grauenerregender Weise zur Wahrheit geworden.

Die katholische Kirche und eine Menge Häuser haben polizeilich in den letzten Jahren abgebrochen werden müssen. Bis jetzt sind ungefähr achtzig Häuser von den seit Ueberschreiten der Demarcationslinie seitens des Bergbaues eingetretenen Erdbewegungen in Mitleidenschaft gezogen und die Gas- und Wasserrohre zerstört. Ein Tagebruch in der kolossalsten Art ist in Folge des Bergbaues mitten zwischen bewohnten Häusern eingetreten und hat städtische Straßen zerstört. Wie die betreffenden Erscheinungen, welche die Stadt bei dem Widerspruche gegen das Ueberschreiten der Demarcationslinie zum Bergbetriebe unter der Stadt vorher gesagt hatte, zuerst sich zeigten, da erging es nach deren Ansicht den Bergbehörden mit der 35- und tieferen Lachtersohlen-Theorie, wie Jedem, der nur einen Fingerbreit vom rechten Wege ab auf eine abschüssige Bahn geräth. Die Erdbewegungen ließen sich nicht weglegen. Die Herbeiführung derselben durch den Bergbetrieb konnten und durften nicht zugegeben werden, weil mit diesem Zugeständniß die Bergbehörden der Vorwurf einer unverzeilich unverantwortlichen Handlungsweise trifft. Es wurde nun nach Möglichkeiten gesucht, durch welche sonst wohl Erdbewegungen allenfalls herbeigeführt werden könnten, und da sich hierfür in die Augen fallende Thatsachen nicht auffinden ließen, so geschah das Unglaubliche aber leider Wahre, daß sich der unhaltbar gewordenen 35-Lachtersohlen-Theorie als Unterlage die sogenannte Pfützen-Theorie mit der Behauptung der Senkgruben und städtischen angeblich zerstörten Canäle als Ursachen der Erdbewegung zugesellte. An und für sich ist es schon befremdend, Senkgruben als wesentliche Ursache von Erdbewegungen hinzustellen, da sich fast in allen Orten, namentlich aber in den in der Regel wenig canalisirten Dorfschaften überall Senkgruben befinden, ohne daß irgend welche Gefährdung für die Oberfläche eintritt, resp. sich Erdbewegungen zeigen. Solche Senkgruben anzulegen ist überdies erlaubt. Daher hatten und haben hier auch viele Broncefabriken

Senkgruben, in welche die Beizeflüssigkeiten früher oft unentsäuert und demnächst mit Genehmigung der Königl. Regierung zu Arnberg vom 7. Mai 1857 A. IIIb. 1180 nach erfolgter Entsäuerung abgeführt wurden und werden, ohne daß dieserhalb jemals Erdbewegungen wahrgenommen sind. Sollten diese aber da eintreten, wo der Bergbau mit denselben durch Aufsaugen von den Flüssigkeiten der Senkgruben durch die Wasserhebungsmaschine in nähere Verbindung tritt, so mußten die Bergbehörden diese gefährliche Verbindung auf Grund des § 196 a. a. O. durch Versagung der Erlaubniß zum Bergbetriebe hindern. Da nun die Senkgruben an und für sich niemals die erdbewegende Wirkung gehabt haben und Senkgruben der erwähnten Art gerade in der Lehmkuhle äußerst wenig vorhanden waren, so mußten, um die Senkgruben-Theorien zu begründen, Senkgruben entdeckt werden. In Folge der eingetretenen Erdbewegungen und Senkungen bildeten sich bei Regenwetter ganz naturgemäß einige Regenlachen. Diese waren also Folgen des Bergbetriebes, da diese Wasser, welche früher einen naturgemäßen Abfluß durch die Straßenrinnen gewannen, jetzt in Folge der Senkung nicht mehr abfließen konnten. Die Existenz einiger weniger Regenlachen wurde von den Königl. Bergbehörden amtlich constatirt, dabei cementirte Bassins und sogar ein in Folge der Erdbewegungen und der desfalls sich sammelnden stagnirenden Wasser in der Sophienstraße angelegter Einfalltrichter für Ableitung der Tagewasser in den städtischen Kanal amtlich für eine Senkgrube erklärt, und dann wurde begutachtet, daß durch diese Senkgruben die Erdbewegungen herbeigeführt seien. Gegen dieses Gutachten gibt es keine Instanz, weil die übrigen Behörden wieder auf die Bergbehörde als allein maßgebende Gutachter verweisen. Hieran schließt sich dann die Kanalisations-Theorie.

Die Ausführung der ganzen Kanalisierung kann 50 bis 60,000 Mark und mehr in einem Terrain kosten, wo zu jeder Minute große Tagebrüche der am 24. December v. J. stattgehabten Art eintreten und damit die so kostspieligen Arbeiten augenblicklich abgesehen davon vernichtet werden können, daß nach Ansicht vorurtheilfreier und auch vernünftig denkender sachverständiger Männer die Ausführung neuer gemauelter und cementirter Kanäle in einem in fortwährender trichterförmiger Senkungs-Bewegung sich befindenden Erdreiche geradezu widersinnig ist. Diese Bewegung bleibt eine stetige, so lange die Wasser in dieser Gegend durch die Wasser-

hebungsmaschine des Tiefbaues fortwährend aus der Erde gezogen werden. Wird die Maschine stille gestellt, so versinken die Grubenbaue und es wird sich dann das Erdreich allmählig beruhigen. Dann hörte aber der Bergbau von selbst auf. Der unterm 24. Februar vorgeschlagene Kanal führt fast ganz durch Privateigenthum. Die Stadt müßte also erforderlichen Falles expropriiren. Die Häuser in der betreffenden Gegend gehören fast alle dem Verein, welcher dieselbe nur künstlich mit unverhältnißmäßigen Kosten bewohnbar hält, während jeder andere Hausbesitzer deren Abbruch bewirken und damit der ganzen Kanalisirungsfrage der Boden der Erörterung entzogen würde. Schon in dem Ankauf von haufälligen Häusern liegt um so mehr ein eigenthümlicher Umstand, wenn man bei Berücksichtigung des in Bewegung begriffenen Untergrundes bedenkt, daß eine dauernde ordnungsmäßige Wiederherstellung mit einer nur annähernd im Verhältniß zum Werth der ganzen Besizung stehenden fortlaufenden Reparaturausgabe eine von einem vernünftig denkenden und handelnden Menschen ganz undenkbares Verfahren ist. Noch viel weniger also darf der Vorstand einer Actiengesellschaft, wie der Bergwerksverein so verfahren, weil er nicht mit eigenem, sondern mit fremdem Gelde, mit dem Gelde der Actionäre wirtschaftet und diesen daher Rechenschaft für eine rechtmäßige Verwendung schuldig ist. Wenn nun der Versuch mißglückt ist, den Beweis zu erbringen, die Haufälligkeit der schlechten Erbauungsart zuzuschreiben, so muß bei dem Mangel des Vorhandenseins anderer Gründe ein anderer wichtiger Umstand den Verein zum Ankauf bewegen, weil aus diesem Kaufe haufälliger werthloser Besizungen mit fremdem Gelde mit Recht die Folgerung des Schuldbewußtseins an den Erdbewegungen und der dadurch herbeigeführten Haufälligkeit gezogen werden muß. Der Verein leugnet aber die Schuld an den Erdbewegungen und der Haufälligkeit der Gebäude. Gleichwohl wirft er durch deren Ankauf, Reparatur und Erhaltung der Wohnbarkeit anscheinend nicht nur Geld weg, sondern will auch noch die Stadtvertretung veranlassen, durch unbefugte Eingriffe in das Privateigenthum der Bürger durch Verfüllung der Sentgruben und mit Aufwendung ganz außerordentlicher Mittel durch Umlage derselben auf die Steuern die ganze Bürgerschaft zwingen, der unwiderstehlich verlorenen Stadtgegend in nutzloser Weise unnütz Geld nachzuschleudern. Hinter dem Antrage auf Ausführung dieses Projects müssen sich daher für den Verein ganz wichtige Gründe bergen, um

so wichtiger, wenn sie den Verein seit Jahren nicht ruhen, vielmehr sein innerstes Streben sein lassen, das Project mit allen nur möglichen Mitteln zur Ausführung bringen zu sehen. Der Schein des Wohlwollens für die Stadt ist ein umgehängter Deckmantel. Dieser Schein trügt und man kommt sofort auf den richtigen Weg, welcher zur Erkenntniß der Wahrheit führt, wenn man erwägt, daß bei Nichtausführung des Projectes die Erzförderung durch die zunehmenden Förderungskosten vertheuert und unmöglich gemacht und der Verein schließlich sehr bald für die weiter um sich greifenden Beschädigungen Entschädigung zu leisten unfähig wird. In Wirklichkeit bildet daher das Verfüllungs- und Kanalisirungs-Project die Lebensfrage für die Fortführung des Bergbaues in Iserlohn, welcher bisher mit einer Belegschaft von über 200 Bergleuten betrieben wurde und zur Zeit noch mit immerfort auf der Grube Stahlschmiede in derselben mit circa 150 Bergleuten, 50 Personen auf der Wäsche und circa 15 an der Förderungsmaaschine betrieben wird. Die entgegenstehende Behauptung des Herrn Handels-Ministers in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 4. März d. Js. ist daher unrichtig. Schon jetzt müssen mit der Förderungs-Maschine aus der Grube Stahlschmiede jede Minute 50 Kubikfuß Wasser gehoben werden, damit die Baue nicht versaufen und die Bergleute noch arbeiten können. Zudem leidet deren Kleidung durch die in den Bässern enthaltenen Säuren. Auf der anderen Seite kämpft der Verein aber auch deshalb mit allen Mitteln für die Ausführung des erwähnten Projectes, weil in dieser Ausführung das Zugeständniß beziehungsweise die Verurtheilung der Stadt als schuldigen Theiles an den Erdbebewegungen und damit dann die ungestörte Berechtigung des Vereins zur gewissenlosen Bereicherung der Actienbesitzer durch die Zerstörung der Stadt und Ruinirung deren Bürger mit deren eigenem Gelde liegt. Eine ruchlosere Verhöhnung alles Rechtlichkeitsgefühls ist wohl nicht dagewesen. Die gleichnerische Schmeide des Wohlwollens für das Interesse der Stadt im Entgegentragen dieses Projectes birgt den Dold, welchen der Verein zur Bereicherung mit fremdem Eigenthum und Gelde durch die Ausführung dieses Projectes zu ziehen sich nicht schent, um dem Leben der Stadt Iserlohn den Todesstoß ins Herz zu geben. Dies Project ist daher der hingeworfene Fehdehandschuh zum Kampfe auf Leben und Tod, um Schließung des Bergbaues unter der Stadt oder deren Untergang.

Gerichtliche Prozesse dauern, wie bereits vorgekommen, 15 bis

18 Jahre und länger, ehe dieselben rechtsgültig entschieden sind. Auf einen solchen Ausgang kann die Stadt also um so weniger warten, weil bis dahin noch viel Geld durch unnütze Kanalisation verschleudert werden kann.

Euer Excellenz bitten wir gehorsamst, hochgeneigtest die Kanalisirungs-Maßregel aufzuheben.

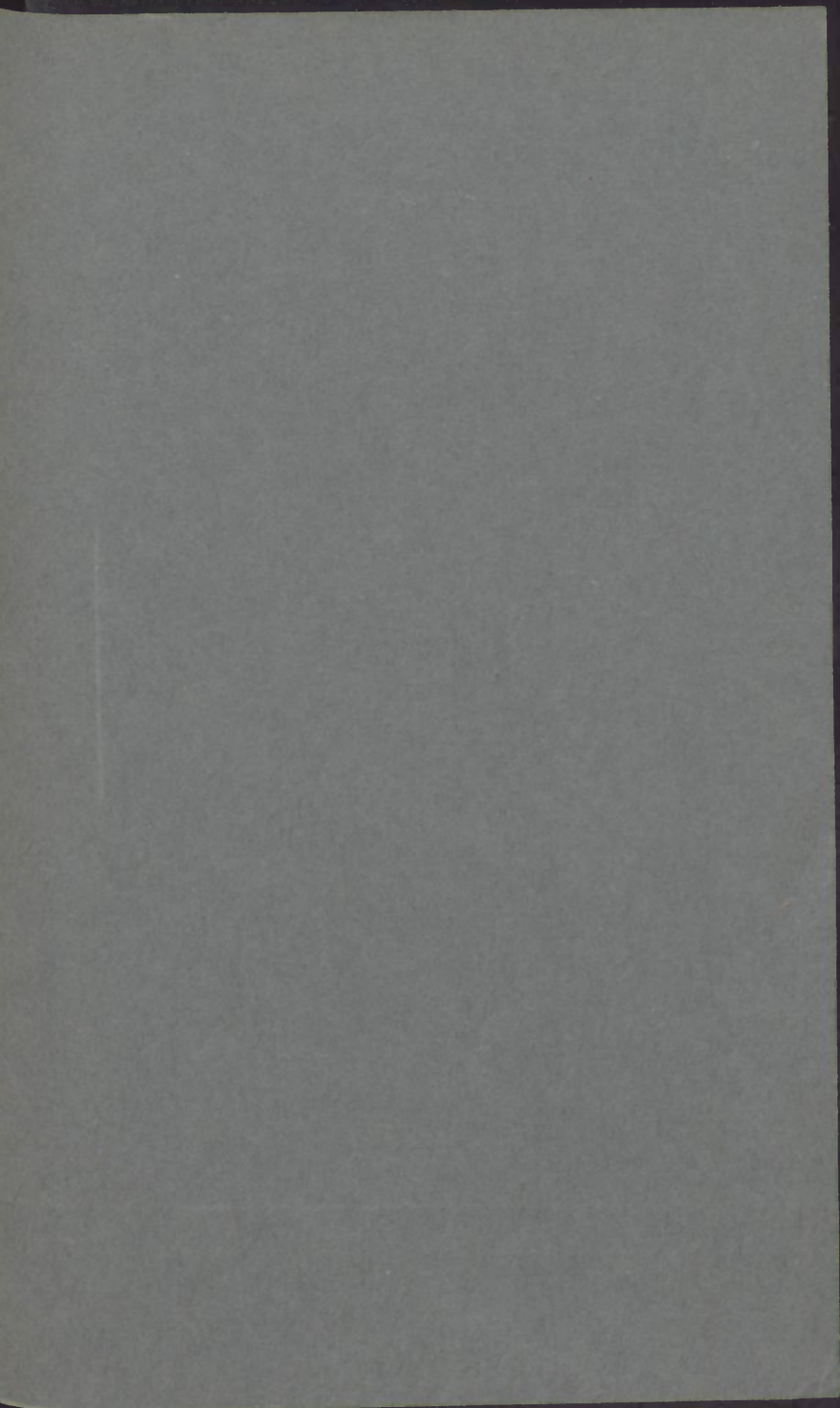
Sferlohn, 21. Mai 1875.

Der Magistrat.

Die Stadtverordneten-Versammlung.

(Folgen die Unterschriften.)







206\$07957807